

Handel in den Innenstädten stärken

Eine neue Studie zum Einzelhandel in der Mark bestätigt die im NPD - Wirtschaftskonzept genannten Folgen der durch etablierte Parteien getroffene Entscheidungen für innerstädtische Geschäfte auf bittere Weise. Untersucht wurde unter anderem der Zusammenhang des großen Leerstandes an Geschäften und die damit verbundene



Verödung der Innenstädte mit dem immer gravierendere Ausmaße annehmenden Bau von großen Einkaufstempeln auf der „grünen Wiese“ außerhalb der Siedlungsgebiete. Im Ergebnis der Studie wird vor einem Weiterwachsen dieser außerstädtischen Verkaufsflächen gewarnt. Eine sehr späte Einsicht,

da die Folgen bereits seit 15 Jahren durch die NPD angesprochen werden. Außerhalb Brandenburgs zeigen positive Beispiele, daß die Belebung der Innenstädte die Wohn- und Lebensqualität der Anwohner steigern. Auch bringen lebendige Innenstädte Arbeitsplätze, die darüber hinaus das Interesse weiterer Investoren wecken und damit ein wirksames Mittel gegen Abwanderung und Wohnungsleerstand sind. Eine starke Innenstadt muß daher im Interesse der Stadtoberen liegen. Leider ist dies in den meisten Fällen noch nicht so. Viel zu oft haben sich Personen in die kommunalen Vertretungen wählen lassen, die allzu gut an den aktuellen Zuständen verdient haben oder einfach kein Interesse am gemeindlichen Zusammenleben haben. Dem kann nur damit begegnet werden, das Kreuz bei der nächsten Wahl mal an einer anderen Stelle zu machen. Ihre NPD steht dafür bereit.

Klaus Beier - Kreistagsabgeordneter

STICHTAG 1. MAI 2011: Fremdarbeiterinvasion stoppen

+++ Keine Lohndruckerkolonnen aus dem Osten! +++

+++ Keine Flüchtlingskarawanen aus Nordafrika! +++



Als hätten wir nicht schon genug Probleme: Seit 1. Mai erhalten Arbeitsuchende aus Polen, Tschechien, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien und der Slowakei die volle Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Die Folgen dieser EU-Wahnsinnspolitik: Lohndrückerei und Lohndumping, ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb, noch mehr Arbeitslose und letztlich auch der sichere Ruin für viele unserer Handwerksbetriebe und andere mittelständische Unternehmen.

Hauptgeschädigte dieser Entwicklung werden einmal mehr die brandenburgischen Arbeitnehmer sein, denn natürlich wird ein Großteil der Arbeitsuchenden aus Osteuropa im geographisch nahegelegenen Brandenburg landen. Doch die Altparteien unternehmen nicht nur nichts gegen diesen Irrsinn der EU-Bürokraten, sie unterstützen ihn auch noch. Haben die etablierten Politiker in Brandenburg noch nichts davon gehört, daß unser Land mit seiner geschönten Arbeitslosenquote von über 12% im Februar dieses Jahres selbst **weiter S.2**

- Auch ich bin gegen Lohndruckerkolonnen aus dem Osten. Der heimische Arbeitsmarkt muss besser geschützt werden.
- Ich interessiere mich für Ihre Arbeit. Bitte übersenden Sie mir Infomaterial (3 Briefmarken zu 0,55 € liegen bei).
- Ich möchte Mitglied der NPD werden (ab 16 Jahre).
- Ich möchte die Monatszeitung DEUTSCHE STIMME abonnieren (28,00 EURO für 12 Ausgaben)
- Ich möchte der NPD _____ Euro spenden. Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

Name, Vorname Alter

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

ePost

Telefon

Impressum:

Herausgeber:
NPD-KV Oderland
Postfach 5541
15855 Storkow



NPD-Oderland
Postfach 5541
15855 Storkow



NPD-KV Oderland
BLZ 1705 50 50
KONTO 110 102 7602



0171 - 460 41 94



033631 - 435 17



info@npd-oderland.de



npd-oderland.de

V.i.S.d.P.:
Manuela Kokott, Seelenbinderstr. 42,
12555 Berlin - E.i.S.

in der offiziellen Arbeitslosenstatistik einen der hintersten Plätze belegt? Doch statt den heimischen Arbeitsmarkt zu schützen, holen SPD-Ministerpräsident Platzeck und der Linke-Wirtschaftsminister Christoffers massenhaft Billiglöhner aus dem Osten herein. Besonders schlimm: Osteuropäische Zeitarbeitsfirmen können Beschäftigte ab dem 1. Mai zu den Konditionen ihres Heimatlandes „vermieten“ – das sind in Polen oftmals Stundenlöhne von nur drei Euro. Verschärfend kommt hinzu: Entgegen aller Vernunft wollen die Altparteien auch noch, daß massenhaft Nordafrikaner aufgenommen werden, die bereits auf dem Weg nach Deutschland sind oder auf gepackten Koffern sitzen. Also aus genau den gestürzten Diktaturen, die von den etablierten Versagern

jahrzehntelang hofiert und subventioniert wurden. Wenn nun auch noch Hunderttausende Tunesier, Libyer und Ägypter kommen, dann geht bei uns bald gar nichts mehr!

Die EU Arbeitnehmerfreizügigkeit schafft die Rahmenbedingungen für Lohndrückerei und Dumpingwettbewerb. Sie ist inhuman, denn sie degradiert Menschen zu verschiebbarem Humankapital. Dem rücksichtslosen Gewinnstreben einflußreicher Großkonzerne und moderner Sklavenhalter muß deshalb mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Und: Das Boot ist voll! Die neue Welle von Zuwanderern aus Nordafrika muß gestoppt werden, denn deren Probleme können nicht in Deutschland, sondern nur vor Ort gelöst werden.

Liebe Leser,

in den vergangenen Jahren wurden wir immer wieder gefragt, warum es denn zwei rechte Parteien gäbe, die gegeneinander antreten und was der Unterschied zwischen DVU und NPD sei. Die gute Nachricht vorweg. Mit diesem Gegeneinander ist es seit diesem Jahr vorbei. Bereits zum Jahreswechsel 2010/11 haben die beiden ältesten nationalen Parteien in Deutschland zur neuen NPD-Die Volksunion fusioniert. Künftig wird es also nur eine Partei, die sich konsequent für deutsche Interessen einsetzt, auf dem Stimmzettel geben. Sie als Leser interessieren



sich für Politik? Ihnen geht das Hin und Her der etablierten Parteien gehörig auf Nerven? Sie wollen endlich, daß Politik auch für die Menschen vor Ort gemacht wird, nicht nur für Banken und große Unternehmen? Besuchen Sie doch einfach mal eine Veranstaltung der NPD. Vergewissern sie sich von unserem so ganz anderen Politikansatz, der unter dem Motto „Sozial geht nur National“ steht. Werden Sie Mitglied in der neuen starken nationalen Oppositionspartei. Ich zähle auf Sie

Ihre Manuela Kokott
Kreisvorsitzende & Kreistagsabgeordnete

Kriminalitätsentwicklung im Landkreis

Beinahe jede vierte Straftat im Landkreis Oder-Spree könnte vermieden werden. Das ist das Ergebnis der Auswertung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik. So wurden im vergangenen Jahr insgesamt knapp 20.500 Straftaten begangen. Bei den aufgeklärten Delikten ist auffällig, daß jede vierte Straftat von Ausländern begangen wurde. Diese Bevölkerungsgruppe stellt im Oder-Spree Gebiet allerdings nur rund 3,5% der Gesamtbevölkerung, und hat damit schon den höchsten Anteil aller Brandenburger Landkreise. Auf gut Deutsch heißt das: Ausländer werden etwa 10 Mal häufiger kriminell als der Rest der Bevölkerung.

der öffentlich angesprochen wird, ist einzig der NPD zu verdanken, die sich um solche Anfeindungen nicht schert, sondern immer die Heimat und die eigene Bevölkerung in den Mittel-



Voraussehbar war diese Entwicklung bereits seit Jahren. So spricht man trotz dieser fatalen Folgen für die Bürger in der Landespolitik immer noch von den Segnungen der multikulturellen Bereicherung. Ob wir Brandenburger Bereicherung in Form von Überfällen, Diebstählen oder sexuellem Mißbrauch auch wollen, wurde bisher nicht gefragt. Das Gegenteil ist sogar der Fall. Wer sich offen gegen immer stärkere Einwanderung ausspricht, wird durch Medien und Politik geächtet. Der ehemalige Bundesbanker Thilo Sarrazin kann davon ein Lied singen. Daß dieses Thema dennoch hin und wie-

punkt ihrer Politik stellt. An der Forderung nach Ausweisung kriminell gewordener Ausländer ist denn auch nichts verkehrt. Diese Forderung ist auch nicht ausländerfeindlich, wie uns von Linken und Medien gerne vorgehalten wird. Vielmehr sollte es im Interesse eines jeden Rechtsstaates liegen, seine Bürger vor kriminellen Machenschaften zu schützen.

Florian Stein



www.npd-oderland.de
www.klausbeier.de